

Jahresbericht

—

2025



**POUVOIR JUDICIAIRE
GERICHTSBEHÖRDEN**

ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Oberamt des Seebezirks OASEE

Einleitung

An den Justizrat

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Mitglieder des Justizrates

Wir freuen uns, Ihnen hiernach den Tätigkeitsbericht 2025 des Oberamtes des Seebezirks zu unterbreiten und bestätigen die Richtigkeit der in diesem Bericht dargestellten statistischen Zahlen.

Murten, 23.01.2026

Christoph Wieland, Oberamtmann

Tätigkeitsbericht 2025

1.1 Oberamt des Seebezirks

1.1.1 Organisation und Personal

Zusammensetzung am 31.12.2025

- > Christoph Wieland, Oberamtmann
- > Sarah Göksu Hage, Vizeoberamtfräu;
- > Nicola Constant Ostini Della Vedova, Vizeoberamtmann
- > Lucie Bapst, Juristin;
- > Sabine Raemy, Höhere Verwaltungssachbearbeiterin;
- > Tanja Schweizer, Verwaltungssachbearbeiterin
- > Anna Gaschen, Verwaltungssachbearbeiterin
- > Muriel Ansermet, Verwaltungssachbearbeiterin

Das Oberamt des Seebezirks beschäftigte im Jahr 2025 580 Stellenprozente, bestehende aus den Stellenprozente des Oberamtmanne, die Vize-Oberamtspersonen, der Juristin sowie den Verwaltungssachbearbeiterinnen. Weitere 190 Stellenprozenten wurden durch den juristischen Praktikanten, einem Studenten im Stundenlohn sowie einer Person in einem Integrationsprogramm geleistet. Somit standen dem Oberamt des Seebezirks im Jahr 2025 total 770 Stellenprozent zur Verfügung.

Die Behandlung von Strafsachen liegt im Aufgabenbereich des Oberamtmanne. Er nimmt die Strafanträge entgegen, welche von der Staatsanwaltschaft an das Oberamt weitergeleitet werden und führt sämtliche Versöhnungsverhandlungen durch. In administrativer Hinsicht wird er dabei von einer Verwaltungssachbearbeiterin unterstützt (Protokolle, Einladungen, Korrespondenzen).
Betreffend die Strafbefehle werden diese durch zwei Verwaltungssachbearbeiterinnen bearbeitet.

1.1.2 Statistiken und Allgemeines

Im Jahr 2025 sind insgesamt 31 Strafanträge eingegangen (Vorjahr 13).

In 31 Verfahren wurde eine Versöhnungsverhandlung durchgeführt. Davon konnte in 23 Fällen eine Versöhnung erzielt werden, während in 8 Verfahren die Versöhnungsversuche gescheitert sind. Grundsätzlich werden die Parteien innerhalb Wochenfrist seit Eingang des Auftrags durch die Staatsanwaltschaft zur Versöhnungsverhandlung vorgeladen. Zwischen der Eröffnung der Vorladung und dem angesetzten Datum zum Versöhnungsversuch liegen in der Regel drei Wochen. Strafanträge, welche direkt beim Oberamt eingehen, werden wie bisher ohne Verzug der Staatsanwaltschaft zur Verfahrenseröffnung weitergeleitet.

1.1.2.1 Strafanträge und Strafanzeigen

Gegenüber dem Vorjahr hat die Anzahl Strafbefehle im Jahr 2025 markant zugenommen, und zwar von 5628 auf nun 10'570 Strafbefehle (**Zunahme von knapp 90% innerhalb von einem Jahr**). Hier ist es wichtig zu erwähnen, dass bereits im Jahr 2024 einen Anstieg von 125% gegenüber dem Durchschnitt der letzten 5 Jahren festgestellt wurde.

Insgesamt wurden 73 Einsprachen gegen Strafbefehle erhoben (= 0.7%); der prozentuale Anteil der Einsprachen ist damit höher gegenüber dem Vorjahr (0.2% im 2024).

Die Anzahl Widerhandlungen gegen das Strassenverkehrsgesetz haben demnach zugenommen. Die Anzeigen wegen unentschuldigter Absenzen vom obligatorischen Schulunterricht fallen nur unwesentlich ins Gewicht.

Überdies wurden keine Anzeigen wegen unterlassener Anmeldung am Wohndomizil erhoben.

Strafsachen am 31.12. (ohne behandelte Einsprachen)	2023	2024	2025
A) Schlichtungsversuche		13	31
erfolgreich	25	8	23
gescheitert	6	5	8
hängig		4	0
an die StA übermittelt (Gerichtsstand, Verzicht auf Schlichtung, usw.)		0	0
nicht zur Anhörung erschienen		0	0
B) Strafbefehle		5628	8232
Richterliche Verbote		247	129
SVG - Unfälle		55	77
SVG - Geschwindigkeitsüberschreitungen		978	1952
SVG - verschiedenes		83	117
Andere Bereiche (EKG, ÖGG, SchG, SZMG, usw.)		15	6
Baupolizei		18	15
Nicht bezahlte Ordnungsbussen		4232	5936
C) Andere Strafverfügungen		418	2333
Einstellung / Nichteintreten	230	418	1939
Sistierungen		0	0
Überweisung		0	0
Andere		0	394
D) Einsprache gegen Strafbefehle		12	73
vom Oberamt erledigte Einsprachen (Einstellung, Rückzug)	44	0	0
an die Polizeirichterin oder den Polizeirichter überwiesene Einsprachen	14	12	73
Einsprachen in Bearbeitung		0	0
Total (A-C)		6059	10596

1.1.3 Verschiedenes

Wie im Jahresrapport 2024 erwähnt, führte der Wechsel der Radaranlage auf der A1 zu einem massiven Anstieg der Anzeigerapporte. In den Monaten Dezember 2024 – Februar 2025 hat der Oberamtmann aus diesem Grund beim Staatsrat interveniert, um eine Erhöhung der Stellenprozenten zu erwirken. Er war absehbar, dass die starke Arbeitsbelastung mit den vorhandenen personellen Ressourcen nicht stemmbar ist.

Der Staatsrat hat infolge der aussergewöhnlichen Situation eine Stelle von 50% befristet auf 2 Jahren bewilligt. Eine passende Mitarbeiterin konnte in der Person von Muriel Ansermet gefunden und eingestellt werden.

Sollten sich die Zahlen auf dem hohen Niveau stabilisieren, wovon heute ausgegangen wird, ist es unerlässlich, dass die befristete Stelle in eine unbefristete umgewandelt wird.